

THOMAS MEESE

Postfach 13 10 D-25431 Uetersen

Thomas Meese - Postfach 13 10 - D-25431 Uetersen

An die Regierungen und Parlamente
der Staatsvertragsländer des
Norddeutschen Rundfunks (NDR)

Uetersen, 04.01.2023

Rundfunkbeitrags-Moratorium JETZT!

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wende mich hiermit an die Regierungen und Parlamente der Staatsvertragsländer der „Vier-Länder-Anstalt“ Norddeutscher Rundfunk (NDR) mit dem dringenden Appell, **s o f o r t** ein Rundfunkbeitrags-Moratorium in die Wege zu leiten und damit Land und Leute in größter wirtschaftlicher Not zu entlasten!

Die volkswirtschaftliche Situation hat sich im Verlaufe des vergangenen Jahres dramatisch ungünstig entwickelt und die Indikatoren zeigen für 2023 keine Entspannung. Betroffen sind sowohl die privaten Haushalte, als auch die Unternehmen. Das Jahr schließt bei den Preisentwicklungen für Haushaltsenergie, Heizöl und Kraftstoffe mit Steigerungen von bis zu 50% und mehr. Die Preisentwicklung bei den Nahrungsmitteln liegt über 20%. Auch das Wohnen hat sich durch die steigenden Energiekosten und Kosten für Vorprodukte erheblich verteuert.

Für die Privathaushalte bedeutet dies, dass ein wachsender Anteil des Einkommens für Dinge des täglichen Bedarfs aufgewendet werden muss. Bei den unteren Einkommensgruppen muss inzwischen das gesamte oder ein Großteil des monatlichen Einkommens für die Subsistenz verausgabt werden. Die Unternehmen wiederum geraten durch die steigenden Energiekosten in ausweglose Lagen: wenn sie die Kosten nicht vollständig an ihre Kunden weitergeben, können sie sich nicht refinanzieren; wenn sie die Kosten aber weitergeben, erliegen sie der im Ausland zu günstigeren Energiekosten produzierenden Konkurrenz.

Die zuletzt erhobenen Daten zu den Insolvenzen in Deutschland sprechen so auch eine deutliche Sprache: im August 2022 war ein Anstieg der Unternehmensinsolvenzen von +11,5% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen. Im Oktober 2022 sind die Zahlen dann noch einmal um +18,4% gegenüber dem Vormonat in die Höhe geschneilt. Eine Entwicklung, die sich anhand der Zahlen vom November 2022 auch an den Arbeitsmarktdaten ablesen lässt: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung sind gegenüber dem Vorjahresmonat und ggü. dem Vormonat (saisonbereinigt) gestiegen, die gemeldeten Stellen gehen gegenüber dem Vormonat zurück, bei sämtlichen Personengruppen in der Grundsicherung sind erhebliche Anstiege zum Vorjahreszeitraum zu verzeichnen.

Die Bundesregierung hat bereits verschiedene Pakete verabschiedet, um in dieser in erster Linie energiepolitisch prekären gesamtwirtschaftlichen Lage gegenzusteuern, ohne noch den Trend in die Rezession abgewendet zu haben. Aber auch die Bundesländer sind in der Pflicht, Bürger und Unternehmen in dieser größten volkswirtschaftlichen Herausforderung seit der Debellation von 1945 und dem nachfolgenden Kondominium bis 1948 zu entlasten.

Das Mittel der Wahl ist ein RUNDFUNKBEITRAGS-MORATORIUM, das s o w o h l die Privathaushalte als auch die Unternehmen sofort, unbürokratisch und nachhaltig entlastet.

Für einen Privathaushalt bedeutet dies eine unmittelbare Entlastung von 18,36 Euro/ Monat und für Unternehmen können dies – je nach Größe – mehrere hundert bis mehrere tausend Euro/ Monat sein, die den Energiekostenanstieg jedenfalls teilweise abfedern.

Eine Refinanzierung der Landesrundfunkanstalt kann bis zur Kündigung des Medienstaatsvertrags (§ 116 MStV) aus den Staatshaushalten der Länder erfolgen. Dänemark hat bereits 2018 gezeigt, dass dies möglich ist und Frankreich ist diesem Beispiel im vergangenen Jahr gefolgt. Die sich so ergebende Dynamik kann gleichzeitig für eine allfällige Reform des in unguter Selbstreferenzialität verharrenden öffentlich-rechtlichen Rundfunks genutzt werden.

Die Initiative muss aber von Seiten der Bundesländer erfolgen. Es ist der Landesrundfunkanstalt und ihren Gremien weder die Umsicht, noch der Wille, noch die personelle Ausstattung gegeben, auf die wirtschaftliche Notlage ihrer Beitragszahler angemessen und zielführend zu reagieren. Ich selbst musste dies im September des vergangenen Jahres leidvoll erfahren, als der NDR eine Zwangsvollstreckung gegen mich veranlasste. Weder mein persönlicher Brief an den Intendanten des NDR, Herrn Joachim Knuth, noch meine persönliche Meinungskundgabe vor seinem Dienstsitz an der Rothenbaumchaussee, noch meine Briefe an die vier Landesrundfunkräte, noch mein persönliches Erscheinen vor dem NDR-Studio in Hamburg-Lokstedt, als dort der Rundfunkrat Hamburg tagte, haben auch nur irgendeine Reaktion oder Rückantwort zur Folge gehabt. Mit kaltem Herzen hat der Intendant die Zwangsvollstreckung gegen mich aufrechterhalten, obgleich ich mit deutlichen Worten erklärt habe, dass ich bereits nur mehr kalt dusche, den Backofen nicht mehr benutze und mich die Zwangsvollstreckung in weitere materielle Not stürzen würde.

Ich musste bei dieser Gelegenheit erkennen, dass die Verantwortlichen bei der Landesrundfunkanstalt und in ihren Gremien die dem NDR eingeräumten öffentlich-rechtlichen Privilegien rücksichtslos, unter Verfolgung von Partikularinteressen, die Kommunikation verweigernd und ohne jegliche Umsicht und in Ermangelung eines grundlegenden Verständnisses für die angespannte gesamtgesellschaftliche Situation auch im Angesichte größter wirtschaftlicher Not gegen ihre Beitragszahler in Anschlag bringen.

Die Länderparlamente haben – in wirtschaftlich besseren Zeiten – den Rundfunkbeitragszwang über die Bürger und Unternehmen gebracht. Regierungen und Parlamente können sich ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung aber nicht entziehen. An ihnen ist es jetzt, in der Stunde größter wirtschaftlicher Not, die Bürde des Rundfunkbeitrags von den Menschen zu nehmen und Land und Leuten eine Zukunft in Freiheit und Wohlstand zu ermöglichen.

Mit freundlichem Gruße

Thomas Meese